

Wohlfahrtsverbände fordern sozialere Politik

Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälischen Wohlfahrtsverbände drängen vor der Landtagswahl auf eine sozialere und gerechtere Politik. Die katastrophale Haushaltssituation der öffentlichen Kassen lasse einen massiven Abbau der sozialen Infrastruktur befürchten, sagte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW), Andreas Meiwes, am Dienstag vor Journalisten in Düsseldorf. Zugleich gebe es zunehmenden Handlungsbedarf in ausgewählten Feldern der Sozialpolitik.

Viele Kommunen seien hoch verschuldet, so Meiwes. Zudem steuerten Bund und Land auf eine Schuldenfalle zu. Zusätzlich beschleunigten Steuermindereinnahmen diesen Trend. „Damit aber sind die Grundfesten des Gemeinwohls in Gefahr“, so der LAG-Vorsitzende. Konkret fordern die Wohlfahrtsverbände unter anderem landeseinheitliche Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, die 2006 abgeschafft wurden. Derzeit bräuchten wohlhabende Kommunen keine Elternbeiträge zu erheben, während Städte und Gemeinden im Haushaltssicherungsverfahren ihren oft weniger begüterten Mitbürgern hohe Kindergartenbeiträge abverlangten. Da Kitas als erste Stufe des Bildungssystems zu begreifen seien, führe auf lange Sicht kein Weg an einer generellen Beitragsfreiheit vorbei.

Kritik üben die Wohlfahrtsverbände an der Regierungspartei CDU, deren Position zu sozialen Themen sie wie die Vorstellungen der anderen Parteien zuvor im Rahmen der Aktion „NRW bleib sozial“ nachgefragt hatten. Die CDU wolle die derzeitige Regelung beibehalten und verschweige die Probleme sozialer Ungleichheiten, so die Wohlfahrtsverbände. Die FDP-Vorstellung, Beitragsfreiheit zunächst nur für 25 Stunden Betreuung vorzusehen, helfe einkommensschwachen Familien mit längerem Betreuungsbedarf wenig. Demgegenüber votierten SPD und Linke für einheitliche Beitragsätze. Die Grünen ließen es offen, ob dies kurz- oder langfristig durchzusetzen sei. „Wir verhehlen dabei nicht, dass die Frage der Finanzierung zu klären ist“, so Meiwes.

Weiter fordern die Wohlfahrtsverbände einen stärkeren Ausbau der Betreuung für Unterdreijährige, bessere Angebote früher Förderung und eine Weiterentwicklung der offenen Ganztagsangebote. Das Land müsse die seit sechs Jahren unverändert gebliebenen Fördersätze für Ganztagsangebote von 820 Euro pro Jahr und Kind den Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst anpassen. Die zentralen Forderungen hierzu fänden sich eher bei den Stellungnahmen von SPD, Grünen und Linken wieder. Die Fortsetzung der bisherigen CDU/FDP-Politik reiche nicht aus.

Zudem plädieren die Wohlfahrtsverbände für verbindliche gesetzliche Regelungen zur Finanzierung von Frauenhäusern, öffentlich geförderte Arbeit und die Förderung von Arbeitslosenberatungsstellen. Die Attraktivität der Pflegeberufe sei durch gezielte Nachwuchskampagnen zu steigern und Wiedereinsteiger in den Beruf zu fördern. Nach Ansicht der Wohlfahrtsverbände entscheidet die Sozialpolitik über den Ausgang der Landtagswahl am 9. Mai. Die Bürger könnten sich über die von den Wohlfahrtsverbänden anhand von 40 Fragen eingeholten sozialpolitischen Vorstellungen der Parteien über die Seite www.nrw-bleib-sozial.de informieren. (KNA - Ikkomk-LD-1143.24UU-1)

Kölner Dom abends eine Stunde länger geöffnet

Köln (KNA) Der Kölner Dom wird von Mai bis Oktober täglich bis 21.00 Uhr und damit eine Stunde länger geöffnet sein. Das habe das Domkapitel nach den grundsätzlich positiven Erfahrungen in den Sommermonaten 2009 beschlossen, teilte das Erzbistum Köln am Montag mit. Abweichungen könne es aber durch abendliche Gottesdienste, Orgelfeierstunden und andere Konzerte geben.

Der Kölner Dom steht seit 1996 auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Das Bauwerk gehört zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten Deutschlands und zieht täglich bis zu 30.000 Besucher an. Erstmals war der Dom im vergangenen Sommer an den Abenden länger geöffnet worden. Besucher hatten damals sogar bis 22.00 Uhr Gelegenheit zum Gebet und zur Besichtigung.

(KNA - Ikkolt-LD-1544.18SO-1)